

2. Pressefrühstück des Vereines Zusammen mit Bürgern e.V.

Liebe Pressevertreter, danke für ihr Erscheinen zum zweiten Pressefrühstück der CSG und des Vereines Zusammen mit Bürgern e.V. Unser heutiges Pressefrühstück beschäftigt sich erneut mit der finanziellen Situation in der Stadt Rodgau, der durch die Parteiensituation im Parlament bedingten politischen Lähmung, die schnelles und unbürokratisches Handeln im Sinne eines effizienteren Haushaltes für die Stadt fast unmöglich macht.

So ist die Müllproblematik keineswegs gelöst, im Gegenteil, durch die anstehenden Verwerfungen und die Skandale die durch den Akteneinsichtsausschuss in Sachen Müll Stück für Stück an die Öffentlichkeit kommen und dadurch das fragwürdige Handeln von Frau Ripper während ihrer Amtsführung immer wieder in den Focus des Interesses stellen, bleibt die Gebührensituation bei den Müllentsorgungskosten auf sträfliche Weise unberührt. Nach wie vor laufen jeden Monat Kosten von mehreren Tausenden von Euro auf, die sich zu den bisherigen Schulden der Stadt hinzusummieren, während das Parlament wichtige Entscheidung in Sachen Müll immer weiter schiebt. Spätestens am Ende des Jahres kommt dann das böse Erwachen für alle Bürgerinnen und Bürger. Inzwischen sind sie aber in Hinsicht auf die Ämterverteilung in Sachen Schüßler zur Urne gebeten worden.

Und hier setzt jetzt unser politischer Ansatz an, im direkten und pragmatischen Handeln direkt für die Stadt Rodgau. Die Stadt Rodgau leistet sich das teuerste Parlament im ganzen Kreis Offenbach, leistet sich jahrelange Grabenkriege um politische Einflussnahme und Postenverteilung im Bereich der hauptamtlichen Stadträte.

Während des Bürgermeisterwahlkampfes, war von Seiten des damaligen Mitbewerbers Jürgen Hoffmann zu hören, dass er mit frischem Wind und neuer Amtsführung den Stillstand im Rodgauer Rathaus beenden wollte. Damit hat er Recht behalten. Der Stillstand ist beendet und in der Kostenspirale geht es mit Riesenschritten weiter in die Schuldenfalle.

Hoffte man auf Fortschritte, so wurde man enttäuscht. Es gibt eine Kooperation aus mehreren Parteien, eine waidwunde CDU und die nicht an

Absprachen gebundene CSG. Das politische Klima im Parlament ist vergiftet, die Bataillone, laut Lange, sind aufgestellt und wer sich als Bürger in eine Ausschusssitzung oder in eine Stadtverordnetensitzung bemüht, erlebt neben Pöbeleien eine eiskalte, feindliche Atmosphäre.

Der Neubau der Feuerwehrrhäuser wird als kommunaler Erfolg eines einzigen Stadtrates verkauft, während dieser Gutachten in Auftrag gibt, das Konjunkturpaket II der Bundesregierung verteilt, aber den Bürgern über die finanziellen Spielräume keinen reinen Wein einschenkt. Sogar die Projektleitung wird außer Haus gegeben. Man fragt sich, ob im Rathaus niemand ist, der dies kostengünstig während seiner Dienstzeit erledigen könnte. Bedenkt man, dass schon im September die Kreisumlage um ca. 0,5 Millionen Euro erhöht wird, die die Stadtkasse Rodgau an den Kreis für Schulen etc. abzuführen hat, ist es längstens an der Zeit sich realistische Sparvorschläge für die Stadt einfallen zu lassen.

Wir sehen ein generelles Umdenken der politisch Handelnden als einen der wichtigsten Punkte an. Sie sollten die HGO §70 "Aufgaben des Bürgermeisters" zu Rate zu ziehen und stärker auf die Subsidiarität und die Bereitschaft der Bürger setzen, auch ehrenamtlich mehr für ihre Stadt zu tun. Leider resignieren die Bürger und man hört oft den Spruch: Der Fisch stinkt vom Kopf her. Gerade wenn es um so etwas wie Lean Management geht, ist es an der Zeit, nicht bei den Indianern, sondern bei den Häuptlingen zu kürzen.

Bereits bei unserem ersten Pressefrühstück haben wir die Umwandlung, respektive die Veränderung hinsichtlich der Zahl der Hauptamtlichen im Magistrat gefordert. Wir wollen noch einmal darauf hinweisen, dass es keinesfalls Utopien sind, die wir anstreben, sondern pragmatische Handlungsprozesse, die zwangsläufig für Kommunen in wirtschaftlichen Notsituationen als Handlungsempfehlungen anzudenken und durchzuführen sind. So besagt §70 der HGO ..ich zitiere: " ..er leitet und beaufsichtigt den Geschäftsgang der gesamten Verwaltung und sorgt für den geregelten Ablauf der Verwaltungsgeschäfte. Er verteilt die Geschäfte unter die Mitglieder des Gemeindevorstandes. Damit sind, wohlgemerkt, haupt- und ehrenamtliche Magistratsmitglieder gemeint.

Hier finden wir von ZmB, dass es da einen großen Nachholbedarf gibt, was die Geschäftsverteilung auf die ehrenamtlichen Magistratsmitglieder angeht. War es zu Schwabs Zeiten, bedingt durch die vergiftete Atmosphäre im Magistrat nicht möglich, pragmatisch zu handeln, so könnte jetzt Bürgermeister Hoffmann durchaus die ehrenamtlichen Magistratsmitglieder mehr in die Pflicht nehmen und es würde sich zum Beispiel ab sofort erübrigen, dass zwei hochbezahlte Hauptamtliche permanent zu Gratulationskuren unterwegs sind. Denkt man da an die Vorwürfe an Schwab zurück, könnte man meinen, diese wären lediglich dem Wahlkampf geschuldet, da sich jetzt durch Schüßlers und

Hofmanns "Repräsentationsverpflichtungen" die Kosten für das Repräsentieren quasi verdoppelt haben.

Als Anlage finden Sie Kopien von Presseartikeln anderer Gazetten, aus denen Sie ersehen können, dass auch in anderen Kommunen über Sparmaßnahmen hinsichtlich des Einsatzes ehrenamtlicher Stadträte nachgedacht wird.

Ehrenamtliche Stadträte werden zur Zeit wöchentlich einberufen zur Magistratssitzung und es spricht nichts dagegen, dass Bürgermeister Hoffmann auch Dezernate an ehrenamtliche Stadträte verteilen kann. Sie erhalten zwar kein Honorar, sind aber sowohl versicherungstechnisch als auch arbeitsrechtlich voll abgesichert.

Wir wollen es in Rodgau nicht so weit kommen lassen, dass die Kommunalaufsicht das Zepter des Handelns in die Hand nimmt, die Stadtverordneten reglementiert und die Gemeindefinanzen verwaltet. Dann würden die Spielräume nämlich noch viel enger, als sie es heute in der Selbstverantwortung der Gemeinde schon sind.

Wir fordern Transparenz in der Verwaltung, stärkere Beteiligung der Verwaltungsangestellten an den Entscheidungsprozessen, ein Parlament das mehr als bisher wieder zur Sachlichkeit zurückfindet und nicht mit Tricks, Geschäftsordnungsspielereien und Eigensinn wichtige Projekte in unserer Stadt verhindert.

Wir rufen den Bürgermeister auf, die Dezernatsverteilung neu zu überdenken und sowohl kurz- als auch langfristig über die Umwidmung der weiteren hauptamtlichen Stadtratsstellen nachzudenken, solange noch Zeit ist, bevor er von der Kommunalaufsicht sein Handeln diktiert bekommt.

Wir werden auch weiterhin den Finger auf die Wunde legen, in der Hoffnung, dass die Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass im Gegensatz zu Parteiprogrammen und bundespolitischen Wolkenkuckucksheimen die eigene Initiative und die Solidarität der Handelnden mehr denn je gefragt ist.

Transparenz bedeutet, in der Sache offen zu handeln.

Wenn wir den Einzug in das Rodgauer Parlament im nächsten Jahr schaffen, werden wir auch in allen Sachfragen offen und frei diskutieren und der Sache entsprechend nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden.

Weiter jetzt mit Herrmann Jäger von der CSG

Zusammen mit Bürgern e.V.

i.A. Klaus Möller

Pressesprecher ZmB